

Niederschrift

über die 23. öffentliche Sitzung

des Ausschusses für Finanzen, Wirtschaft und Liegenschaften

am Dienstag, dem **08.07.2014**, im **Sitzungszimmer des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 vom 22.05.2014**
- 4. Erlass einer 22. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstückabwasseranlagen
Vorlage: 071/2014**
- 5. Haushaltsgenehmigung und derzeitige Haushaltslage (siehe Anlage)**
- 6. Gewährung jährlicher Zuschüsse an verschiedene Einrichtungen
Vorlage: 109/2014**
- 7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ausschussmitglieder

Ratsherr Jörg Beutz als Ausschussvorsitzender
Ratsfrau Christel Bohlen
Ratsherr Stephan Eiklenborg
Ratsfrau Angela Hoffbauer
Ratsherr Oliver Kohls
Beigeordneter Achim Rutz

Vertreter/in

Ratsfrau Ruth Bohlke Vertretung für Frau Ratsfrau Isabel Bruns
Beigeordneter Alexander von Fintel Vertretung für Herrn Ratsherrn Christian Fiedler

Zuhörer/in

Ratsfrau Petra Ducci
Ratsherr Reinhard Oncken

Verwaltung

Bürgermeister Josef Wesselmann
Gemeindeoberamtsrat Jürgen Focke
Verwaltungsfachwirtin Regina Weger als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Beutz, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest.

2. **Einwohnerfragestunde**

- - -

3. **Genehmigung der Niederschrift Nr. 22 vom 22.05.2014**

Die Fassung der Niederschrift wurde genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

4. **Erlass einer 22. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstückabwasseranlagen**
Vorlage: 071/2014

Seitens der Verwaltung wurde die Berechnung der Gebühren für die Beseitigung der Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen erläutert.

Es ergibt sich eine Senkung der Gebühren ab dem 01.01.2014.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt den Erlass der mit Schreiben vom 10.07.2014 vorgelegten 22. Satzung zur Änderung der Satzung für die Beseitigung von Abwasser aus Grundstücksabwasseranlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen

5. **Haushaltsgenehmigung und derzeitige Haushaltslage (siehe Anlage)**

Von der Verwaltung wurden die wichtigsten Punkte der Haushaltsgenehmigung angesprochen.

Danach wurde der 1. Finanzbericht der Gemeinde Sande vorgestellt, der dem Protokoll als Anlage beigelegt ist. Dieser enthält die Daten des ersten und zweiten Quartals 2014.

Lt. Bericht ergibt sich auf der Ertragsseite eine positive Prognose. Die Konzessionsabgaben fallen geringer aus, die Senkung muss allerdings noch geprüft werden. Auf der Aufwandsseite ergibt sich ein geringerer Aufwand in Höhe von 8.402 €, dort lässt sich auch eine positive Prognose festhalten.

Zur Kassenlage ist zu sagen, dass der Stand der Liquiditätskredite sich im Rahmen des in der Haushaltssatzung genannten Betrages bewegt, die Zahlungsfähigkeit der Gemeinde ist somit gegeben.

Im Investitionsbereich sind Mehrausgaben beim Kindergarten Cäciliengroden in Höhe von ca. 60.000 € entstanden. Bei der Brücke in Mariensiel zeichnen sich Minderausgaben ab. Im Bereich der Dorferneuerung ist eine Durchführung der Maßnahmen ausgeschlossen, da die entsprechenden Landeszuschüsse fehlen.

Alle anderen Maßnahmen verlaufen planmäßig.

Ein Ausschussmitglied merkte an, dass die Genehmigung der Haushaltsatzung als eindeutiger Warnschuss zu sehen ist. Die Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept und die Einsparungen in den letzten Jahren sind nicht als ausreichend anzusehen. Es bestünde die Gefahr, dass in Zukunft freiwillige Leistungen oder geplante Investitionen nicht mehr genehmigt werden.

Ein Ausschussmitglied merkte an, dass der Haushalt von ihm seinerzeit wegen der fehlenden Leistungsfähigkeit abgelehnt wurde, die Ausführungen in der Genehmigung des Landkreises seien eine Bestätigung dafür.

Es wurde sich erkundigt, wie der Hinweis des Landkreises zu sehen ist, dass die Genehmigung der Kredite für Investitionen für die Jahre 2015 bis 2017 in dem in der Finanzplanung dargestellten Bedarfsumfang nicht in Aussicht gestellt werden kann.

Darauf entgegnete die Verwaltung, dass dies als eindeutige Warnung für die Haushaltsberatungen zu sehen ist. Ein konkreter Termin für eine etwaige Handlungsunfähigkeit ist nicht gegeben.

Ein Ausschussmitglied sagte, dass der Inhalt der Genehmigung keine Überraschung darstellt und das Defizit vorher bekannt war. Teilweise müssen Investitionen getätigt werden, auf die der politische Wille des Gemeinderates keinen Einfluss hat, wie beispielsweise die Bahnüberführung oder die Sanierung der Kläranlage.

Es wurde von einem Ausschussmitglied gefordert, das Personalentwicklungskonzept zu überdenken.

Auf Nachfrage eines Ausschussmitglieds, ob eine Förderung der Kommune durch das Land an einer Antragstellung gescheitert ist, erklärte der Bürgermeister, dass es seitens des Wirtschafts- und Finanzausschusses des NSGB vorgesehen ist, Bedarfszuweisungen an Kommunen zu zahlen, sofern bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind. Diese Voraussetzungen erfüllt die Gemeinde Sande jedoch nicht.

Die Ausschussmitglieder waren übereinstimmend der Ansicht, dass die Haushaltslage kritisch ist.

Ein Grund für den momentan niedrigen Liquiditätskredit ist ein langfristiges Darlehen, das vor Kurzem an die Gemeinde ausgezahlt wurde. Durch die Vorfinanzierung des Bahnprojekts wird der Liquiditätskredit voraussichtlich auf 3,5 bis 4 Millionen Euro ansteigen.

Das Angebot eines Ausschussmitglieds an die SPD-Fraktion, in Zukunft stärker zusammenzuarbeiten wurde angenommen mit dem Hinweis, dass es andere Ansätze in der Zusammenarbeit geben müsse, als in der bereits in der Vergangenheit durchgeführten Arbeitsgruppe.

6. Gewährung jährlicher Zuschüsse an verschiedene Einrichtungen
Vorlage: 109/2014

Von der Verwaltung wurde angemerkt, dass es sich bei den Zuschüssen um Wiederholungsansätze handelt. Durch die Zuschussgewährung soll auch die Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit zum Ausdruck gebracht werden.

Von einem Ausschussmitglied der SPD-Fraktion wurde die Zuschussgewährung befürwortet.

Ein Ausschussmitglied der CDU-Fraktion verwies auf die defizitäre Haushaltssituation und regte an, die Zuschüsse bis auf die Zuschüsse für die Kameradschaftskassen der Feuerwehren einzustellen.

Von der Gruppe FDP/Grüne wurde grundsätzlich Zustimmung signalisiert. Nur die Entscheidung über den Zuschuss für die Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven-Friesland sollte zunächst zurückgestellt werden. Hier ist es eventuell möglich, dass Zuschüsse seitens des Landes gezahlt werden.

Beschlussvorschlag:

Die Gemeinde Sande gewährt nachfolgenden Einrichtungen im Jahr 2014 auf Antragstellung Zuschüsse in folgender Höhe:

1. Jährlich wiederkehrende Zuschüsse nach Antragstellung

a) Blinden- und Sehbehindertenvereine

- | | |
|--|---------|
| - Blindenverein Ostfriesland | 50,00 € |
| - Blinden- u. Sehbehindertenverband,
Landesteil Oldenburg, Kreisgruppe
Wilhelmshaven-Friesland | 50,00 € |

b) Arbeitsloseninitiative Wilhelmshaven-Friesland 1.000,00 €

c) Kameradschaftskassen Feuerwehren

- Gödens 190,00 €
- Sande 190,00 €

d) Zuschüsse anlässlich der Advents- und Weihnachtszeit

- Ev.-luth. Kirchengemeinde Sande 280,00 €
- Sozialverband VdK 50,00 €
- weitere örtliche Einrichtungen 160,00 €

e) Weser-Ems Bus (Nachteule) 1.025,00 €

f) Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge 50,00 €

g) Kaninchenzuchtvereine

- Kaninchenschauen örtlicher Vereine 50,00 €
- Übernahme der Miet- und Heizungskosten für Ortsschauen in der Breslauer Halle gemäß nachgewiesener Kosten max. 180,00 €

2. Jährlich laufende Zuschüsse bzw. Beiträge

Stiftung Jeverländisches Mahnmahl 50,00 €

Es handelt sich um eine zusätzliche freiwillige Ausgabe. Der Rat hat sich mit den im Haushaltsjahr zusätzlich anfallenden Kosten sowie mit den weiteren Folgekosten eingehend auseinandergesetzt, sieht hierfür jedoch keine andere Möglichkeit und beschließt die zusätzlichen Ausgaben angesichts der angespannten Haushaltssituation im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung.

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen

7. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

- - -

Schluss der Sitzung: 18:15 Uhr

Ausschussvorsitzender

Bürgermeister

Schriftführerin